

Ersetzung des politischen Leitantrages

Antragsteller:
Kreisvorstand
Herzogtum Lauenburg

Antrag auf Ersetzung des politischen Leitantrages

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der vorliegende Vorschlag des Leitantrages wird durch folgenden Antrag ersetzt:

Klare Kante für unser Land

Das BSW wurde gegründet, um denen eine Stimme zu geben, die sich schon seit langer Zeit von dem Altparteienkartell abgewandt haben. Für alle die, die sich in der Politik nicht vertreten sehen so Sahra Wagenknecht auf der Gründungspresskonferenz am 08. Januar 2024, haben wir uns auf den Weg gemacht für Frieden, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Vernunft und Freiheit. Die gilt nicht nur auf Bundesebene sondern ebenso auf Landesebene. Das BSW in Schleswig-Holstein muss Oppositionsstimme der Vielen sein: Das ist Mitgestaltung in einer Demokratie, welche eine Kontrolle der Regierung durch die Opposition vorsieht. Brandmauern errichten Antidemokraten, wir lehnen Brandmauern, wie auch immer sie daher kommen ab. Wir stehen für einen Streit der Meinungen. Auch außerparlamentarisch gibt es jede Menge Oppositionspotential zu organisieren. Dem muss sich das BSW zuerst widmen. Parlamentsarbeit oder gar mehr kommt erst mit außerparlamentarischer Stärke und wenigstens zwei Perioden Parlamentserfahrung. Wir stehen vor der Aufgabe außerparlamentarische Stärke zu gewinnen, die wir dann als Opposition ins Parlament tragen. Die schweren Fehleinschätzungen von Thüringen und Brandenburg (in Sachsen kam es zu keiner Koalition), wo uns nach 3 Sondierungen und 2 Regierungsbeteiligungen zur Bundestagswahl 135.000 Wähler enttäuscht die Stimme verweigerten, dürfen nicht noch einmal passieren. Sahra Wagenknecht wäre heute Vorsitzende einer BSW-Bundestagsfraktion und Friedrich Merz wäre bei der Union nicht einmal das. Wir wollen kein Brandenburg 2.0 in Schleswig-Holstein erleben. Auf Betroffene neoliberaler Politik zugehen: Landtagswahl- oder gar Regierungsprogramme, die parlamentarische oder gar regierungsamtliche Umsetzungen wichtiger Ziele versprechen, produzieren angesichts der aktuellen Kräfteverhältnisse nur müdes Lächeln, Misserfolg und Verdruss. Politische Arbeit nicht für, sondern mit den Menschen ist vor allem demokratische Selbstermächtigung, Organisation von sozialen Bewegungen und somit Voraussetzung der Hoffnung auf Besserung ihrer Situation.

Was heißt das für uns in Schleswig-Holstein. Das Land wird derzeit von einem schwarz-grünen Sumpf regiert. Diesen gilt es trocken zu legen. Die Vorgänge um Northvolt haben gezeigt, die Verfassungsfeinde sind weniger blau, als mehr schwarz-grün. Das Verfassungsgericht hat dem regierenden Ministerpräsidenten ins Stammbuch geschrieben, dass er das Parlament missachtet und die Abgeordneten belogen hat. Allein das ist ein ausreichender Grund zurückzutreten. Noch schlimmer waren die Entgleisungen bei Lanz als Günther ganz unverhohlen die Zensur von Medien forderte. Unser Land braucht eine Opposition, die diese Themen mutig auf die Tagesordnung setzt.

Friedensfähig statt kriegstüchtig

Anstatt Gelder in die marode Straßen und Bahnschienen zu stecken, marode Schule zu sanieren, für eine ausreichende Gesundheitsversorgung für Jedermann zu sorgen und endlich Wohnungen zu bauen, verpulvert das Land Milliarden in Aufrüstung und den militärisch-industriellen Komplex. Unser Land Schleswig-Holstein wird durch diese Politik sprichwörtlich zum Flugzeugträger. Alte Standorte der Bundeswehr sollen, so wie Boostedt bei Neumünster, wieder zu Kasernen werden und neue hinzukommen. In Kiel ein Kompetenzzentrum entstehen. Dem stellen wir uns entgegen. Wir wollen ein friedliches Land zwischen den Meeren sein. Wir wollen das Nord- und Ostsee endlich Meere des Friedens werden. Wir sagen Jungendoffiziere raus aus den und Schulen und in die Produktion.

Wirtschaftliche Vernunft

Wir setzen in Schleswig-Holstein auf wirtschaftliche Vernunft. Der einzige Wirtschaftszweig der rasant wächst ist die Kriegswirtschaft. Das muss gestoppt werden. Von der zerstörerischen und unproduktiven Kriegswirtschaft zurück zur zivilen Schaffung von Mehrwert für die Menschen im Land. Binnen- statt Kriegswirtschaft. Busse und Bahnen statt Drohnen und Raketen. Gerade in Schleswig-Holstein, mit seinen Waffenschmieden, ist das von brisanter Bedeutung. (Aber aufgepasst:) Arbeiter werden gegen uns instrumentalisiert werden. Mit Argumenten, z.B. des Konzernbetriebsrats des Porsche-Konzerns, werden wir kompetent dagegen halten müssen. Unsere Industrie und die Menschen in ihren Häusern und Wohnungen werden noch eine ganze Weile billiges Gas zur Wärmeherzeugung benötigen. Wir brauchen mindestens als Übergang noch für etliche Jahr(e)zehnte preiswertes Gas. Das gab es bisher nur aus Russland. Die aggressive Haltung gegenüber Russland muss schnellstens neuen Entspannungsbemühungen weichen. Denn die Nordstream 2-Pipeline muss wieder geöffnet werden. Und damit der in Schleswig-Holstein erzeugte regenerativ erzeugte Strom über Produktions- und Verbrauchsschwankungen hinweg möglichst regional auch genutzt werden kann, müssen wir unser Augenmerk auf die Entwicklung und Nutzung modernster Speichertechniken konzentrieren.

Soziale Gerechtigkeit

Die Zahl der Arbeitslosen im Land wird angesichts der wirtschaftlichen Krise weiter ansteigen. Hier sind Förderprogramme unerlässlich, um die Integration in den zivilen Arbeitsmarkt (nicht in die Rüstungswirtschaft) zu unterstützen. Die Verschärfungen der sogenannten neuen Grundsicherung die am 01. Juli in Kraft treten lehnen wir ab.

Wohnungsnot und Mietenexplosion sind existenzielle Belastungen für die Menschen in unserem Land. Um Wohnungslosigkeit vorsorgend zu vermeiden sind Schutz- und Förderprogramme, vor allem aber auch der Erhalt bzw. die Verlängerung bestehender Sozialbindungen notwendig. Die Förderung von sozialem Wohnungsbau hat die Wohnungsnot in den letzten dreißig Jahren nicht reduziert und hat sich als unwirksam erwiesen. Das Land und die Kommunen müssen endlich wieder selber Wohnungen bauen. Ein Verkauf öffentlicher Wohnungen, soweit überhaupt noch vorhanden hat zu unterbleiben.

Bildung ist ein Menschenrecht. Dazu gehört Schule ohne Schulgeld und die Beförderung zur Schule ohne Zuzahlung. Wenn Milliarden für die Rüstung vorhanden sind, dann ist es skandalös, wenn der Schulbesuch durch private Zuzahlungen erst möglich wird.

Eine Rente, ...von der Rentner nicht leben können ist eine Schande. Die strukturellen Schieflagen: @Beamte und Selbständige zahlen nicht ein, in Österreich besser geregelt. @Kapitaleinkünfte werden bei uns nicht herangezogen, in der Schweiz besser geregelt. @Der Staat erstattet der Rentenkasse nicht die Ausgaben für der Sozialversicherung per Gesetz auferlegten „fremden“ Leistungen. Der falsch benannten Zuschuss" des Staatshaushaltes in die Rentenkasse ist in Wirklichkeit eine seit Jahrzehnten nicht auskömmliche Erstattung. Der Staat betrügt die Beitragszahler im aktiven Berufsleben und die Rentner, Jung und Alt zugleich. Über die Jahre ist so ein gestohlener Betrag von rund 1 Billion (Tausend Milliarden) vom Staat entwendet worden.

Eine Krankenversicherung, die - ähnlich der Rente - für nicht selbst Beitragszahlende, wie Arbeitslose, Bürgergeldbezieher etc., einen nicht auskömmlichen Erstattungsbetrag durch JobCenter, Städte und Kreise erhält (die im Schnitt notwendigen rund 400 EUR werden bei Kriegsflüchtlingen (welche die Krankenhilfe ja auch benötigen) angeblich nur zu einem Drittel (rund 130 EUR) von den öffentlichen Kostenträgern ersetzt. Das heißt, für die Krankenhilfe dieser Personengruppe kommen vielfach alleine die abhängig Beschäftigten auf. Beamte, Politiker und "Kuponschneider" schleichen sich aus dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe davon. Das ist skandalös.

Ein Gesundheitswesen, das zunehmend privatisiert wird, kann den Bedürfnissen der Menschen nicht gerecht werden. (Aktuelles :Bsp. Senkung der Entgelte für Psychotherapeuten, obwohl der Bedarf sprunghaft steigt.) Wir alle erleben in den Praxen und am Krankenbett im Krankenhaus, wie das Gewinnstreben im Vordergrund steht. Noch nie wurde soviel Gewinn aus dem Gesundheitssystem gepresst. Patienten erwarten aber einen Arzt, der sich um sie sorgt, nicht aber einen Aktionär, der „nur ihr Bestes will“. Es muss Schluss sein mit weiterer Privatisierung. Gesundheit ist Daseinsvorsorge und gehört in öffentliche Hand. Eine wohnortnahe Versorgung mit Ärzten und der Erhalt von Klinikstandorten ist unser Ziel. Wo irgend möglich wollen wir eine Re-Kommunalisierung medizinischer Angebote.

Die Pflegeversicherung leidet unter den selben strukturellen Problemen, wie Renten- und Krankenversicherung. Ambulante Pflegedienste betreiben einen Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Beschäftigten und zu Lasten der Pflegebedürftigen. Eine fundamentale Neuordnung dieses Bereiches, hin zu einem nach Sozialräumen, sprich Städten und Gemeinden sortierten Pflegeangebot und einer so strukturierten Verantwortung, muss diesem meist letzten Lebensabschnitt betroffener Menschen wieder die Würde zurück geben, die ihnen zusteht. Pflegebedürftige, alte und sterbende Menschen haben Zuwendung verdient, nicht auf Minuten und Sekunden runter gerechnete Abrechnungseinheiten.

Freiheit

Das Corona-Regime muss als Testfall für die Freiheitseinschränkungen nie da gewesenen Ausmaßes betrachtet werden. Jede mögliche Aufklärung über die von unsäglichen Verstöße gegen Recht und ethische Grundsätze sind wichtige Beiträge zur Wiederherstellung politischer Hygiene. Ein Untersuchungsausschuss, die Aufhebung aller Strafen und Bußgelder im

Zusammenhang mit Nichteinhaltung von Maßnahmen, die Anerkennung von Impfschäden und Hilfe für Impfgeschädigte sind uns wichtige Forderungen. Ebenso dürfen keine Coronahilfen zurückgefordert werden.

Wir müssen seit den Corona-Jahren ein multiples Organversagen unseres demokratischen Rechtsstaates feststellen. Parlamentarier beschließen in wichtigen Politikbereichen gegen die ausdrückliche Mehrheit der Bevölkerung. Die Regierungen/die Exekutiven handeln zunehmend übergriffig grundrechtseinschränkend via Verordnungen. (Auch in Schleswig-Holstein MP Günthers Aussage bei Lanz, seine Bereitschaft zur Zensur, hat auch er während der Corona-Zeit ausgelebt. Das darf sich nie mehr wiederholen.)

Auch wird jedes aufgeblasene und im Internet verbreitete Gerücht postwendend dazu genutzt, Gesetzes-Verschärfungen zulasten der Bürger aus der Schublade zu holen - oder es wird gerade zu diesem Zweck lanciert.

Jedes Vollzugsdefizit wird prompt zu einer Gesetzeslücke und zum Anziehen der Daumenschrauben missbraucht. Und sie delegieren verbotene Zensur an mit Unsummen Steuergeld finanzierte sogenannte NGOs, die als „unsere-Demokratie-Schützer“ zusammen mit genötigten Internet-Plattformen Meinungen streichen oder in ihrer Verbreitung drosseln. Wir fordern die Streichung aller Finanzierungen von Zensurmeldestellen. Betreutes Denken bzw. Diskutieren ist noch eine harmlose Beschreibung dieser autoritären, antidemokratischen Strukturen.

Und noch immer sind die Strafverfolgungsbehörden in Deutschland - eine gerügte Ausnahme in Europa - nicht unabhängig von der Regierung.

Und Gerichte, auch das oberste Gericht, das BVerfG, haben manch Übergriffigkeit des Gesetzgebers durch gewunken. Wir befinden uns offenbar auf einer schiefen Ebene, insbesondere in Sachen Meinungsfreiheit, die selbst ehemalige Verfassungsrichter und auch -präsidenten mahnen lassen.

Und was sich unsere Bundesregierung an Gängelung und autoritären Tun nicht wagt national anzugehen, das wird per Individualsanktionen oder Digital Service Act an das bürokratische Monster EU abgeschoben. Arbeitsteilung zum Nachteil auch deutscher Bürger, die vor laufender Kamera verhungern dürfen, samt ihrer Partner und Kinder. Denn an ihr Ersparnis dürfen sie nicht ran (Kontensperrung), arbeiten dürfen sie nicht, ausreisen dürfen sie nicht - und von ganz besonders perfide und durch deutsches Gesetz untermauert - helfen dürfen Dritte auch nicht. Vogelfrei im 21. Jahrhundert? Ja, das Mittelalter ist zurück und wir schauen zu im Internet.

Die politisch gesteuerte und genutzte Landesverfassungsschutzbehörde ist abzuschaffen. Sie schützen nicht die Verfassung, sondern betätigen sich im Inszenieren von Narrativen, die der Regierungspolitik dienen. Mit der Erfindung von Überwachungstatbeständen, wie „Delegitimierung des Staates“ (den sie zwischenzeitlich auch wg. des öffentlichen Drucks wohl wieder zurück genommen haben) und der Stigmatisierung von Organisationen als „extremistisch“ bzw. „verfassungsfeindlich“ diskreditieren sie als Behörde ohne Rechtstitel und behindern so demokratische Kontrolle aus der Zivilgesellschaft heraus. Behörden greifen damit unzulässig in den demokratischen Meinungsstreit ein. Diese Auseinandersetzung muss verbal auch pointiert

sein können und darf nicht mit dem Totschlag-Vorwurf von „Hass und Hetze“ diffamiert werden. Das bestehende Strafrecht reicht zur Ahndung rechtswidriger Vorgänge aus.

Der besondere Schutzparagrafen für Politiker (§188 StGB) ist zu streichen. Politiker sind Bürger mit Mandaten und/oder Funktionen auf Zeit, also grundsätzlich Bürger wie jeder andere auch und keine Majestäten.

Eine Demokratie verträgt keine Schützengräben zwischen den Wettbewerbern. Dialog und Konsens-Suche sind die elementaren Zutaten lebendiger Demokratien. Fehlt dieser Disput stirbt jede freie Debatte und mit ihr die freie Entscheidung der Wahlbürger. Das BSW lehnt jede offene und auch versteckte Diskriminierung der von Mainstream in Parteien und Medien ausgemachten „Schmuddelkinder“ ab. In wirklich ruppigen Zeiten gilt daran zu erinnern: Vergleichen ist nicht gleichsetzen. Verstehen ist nicht gut heißen. Erklären ist nicht rechtfertigen. Ohne diese Grundregeln zu beachten ist ein Dialog nicht frei.

Die Medien

Der Öffentlich-rechtliche Rundfunk war staatsfern gedacht und wird als Beute der wechselnd regierenden Parteien gehandhabt. Der Medienstaatsvertrag verpflichtet ARD, ZDF und Deutschlandradio zu einer Grundversorgung, die Informationsvielfalt und unabhängige Meinungsbildung gewährleistet – ausdrücklich frei von kommerziellen und politischen Interessen. In einem Grundsatzurteil vom 15. Oktober 2025 hat das Bundesverwaltungsgericht klargestellt, dass die Beitragspflicht unter bestimmten Bedingungen tatsächlich entfallen könnte: wenn die Einseitigkeit das Gesamtprogramm betrifft, über einen Zeitraum von mindestens zwei Jahren anhält und ein Ausmaß erreicht, das über bloße Qualitätsmängel weit hinausgeht. Ein wissenschaftlich belastbarer Nachweis systematischer Manipulation würde das Finanzierungsmodell des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in seiner jetzigen Form rechtlich unhaltbar machen.

Begründung

erfolgt mündlich

Mölln, den 29.06.2026

Lutz Delazari Heilmann
f. den Kreisvorstand
Herzogtum Lauenburg